

INHALTSVERZEICHNIS

Abbildungsverzeichnis.....	15
Symbolverzeichnis.....	17
1. Kapitel: Einleitung.....	19
A. Problemstellung und Ziel der Arbeit	19
I. Das Problem	19
1. Eine fiktiv-metaphysische' Sicht.....	19
2. Subsidiaritätsprinzip und Föderalismus als Probleme der Politischen Ökonomie.....	20
II. Föderalismus als Gegenstand unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen	21
1. Föderalismus in der Staatsrechtslehre.....	21
2. Föderalismus in der Politologie	21
3. Föderalismus in der traditionellen Ökonomik	22
III. Ziel der Arbeit.....	23
B. Vorgehensweise	24
2. Kapitel: <u>Der Staat als Organisation: Grundzüge einer polit-ökonomischen Theorie des Staates.....</u>	27
A. Die Logik ökonomischer Organisationen	27
I. Die ökonomische Organisationstheorie	27
1. Das Erkenntnisinteresse der Neuen Institutionenökonomik	27
2. Die Begriffe der "Institution" und der "Organisation"	28
II. Methodologische Grundlagen der ökonomischen Analyse von Organisationen	30
1. Die verhaltenstheoretischen Annahmen der Neuen Institutionenökonomik	30
2. Die Analyseinstrumente der Neuen Institutionenökonomik	31
a. Verfügungsrechte	31
b. Verträge	32
c. Transaktionskosten.....	33
3. Die Auswahl effizienter Koordinationsstrukturen	34
III. Der konstitutionelle Ansatz für eine ökonomische Theorie der Organisationen	37
1. Das Legitimationsproblem.....	37
2. Kooperationsprobleme als soziale Dilemmata	39
a. Die spieltheoretische Interpretation des Kooperationsproblems.....	39
b. Die transaktionskostentheoretische Interpretation des Kooperations- problems.....	42
c. Das Kooperationsproblem aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik	43
3. Ressourcenzusammenlegung und Organisationsverfassung.....	43
a. Das grundlegende Dilemma der Organisation	43
b. Abwanderung und Widerspruch	44

B. Die ökonomische Logik des Staates.....	47
I. <i>Die Notwendigkeit der Existenz eines Staates</i>	47
1. Vorbemerkungen	47
2. Der protektive Staat	47
a. Die staatslose Gesellschaft.....	47
b. Die Garantie von Besitz- und Tauschsicherheit durch den protektiven Staat.....	49
3. Der produktive Staat	51
a. Marktliche versus staatliche Koordination.....	51
b. Marktversagen als Konsequenz hoher Transaktionskosten	52
aa. Fehlende Ausschließbarkeit und das Problem der Externalitäten	52
bb. Steigende Skalenerträge und das Monopolproblem.....	53
cc. Öffentliche Güter	54
dd. Stabilisatorisches Marktversagen: Arbeitslosigkeit und Inflation	55
ee. Soziale Sicherung und Umverteilung	57
c. Der produktive Staat als potentiell transaktionskosten- einsparende Organisation.....	59
II. <i>Die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Begrenzung des Staates</i>	60
1. Beschränkungen des protektiven Staates: Das ungelöste konstitutionelle Dilemma	60
2. Die Logik konstitutioneller Beschränkungen des produktiven Staatshandelns	61
a. Der unbegrenzte Staat und die Notwendigkeit konstitutioneller Beschränkungen.....	61
b. Die demokratische Widerspruchsoption	63
aa. Das Interdependenzkostenkonzept von Buchanan und Tullock	63
bb. Verringerung der Interdependenzkosten durch indirekte Demokratie	65
c. Beschränkungen des produktiven Staates durch Föderalismus?.....	67
C. Zusammenfassende Thesen zum zweiten Kapitel.....	68
3. Kapitel: Die Theorie des Fiskalföderalismus.....	69
A. Die Wesensmerkmale der Theorie des Fiskalföderalismus	69
B. Regelungen für den protektiven Staat	70
I. <i>Der Regelungsbedarf auf konstitutioneller Ebene</i>	70
II. <i>Überlegungen zu einer Theorie optimaler Rechtsräume</i>	70
1. Die Nutzen und Kosten der Bildung des protektiven Staates	70
a. Die Nutzen der Rechtsvereinheitlichung	70
b. Die Durchsetzungskosten des protektiven Staates	71
2. Die optimale personelle Größe des protektiven Staates: ein einfaches Modell.....	73
3. Die Implikationen für die föderative Aufgabenverteilung.....	76

C. Regelungen für den produktiven Staat	77
<i>I. Der Regelungsbedarf auf konstitutioneller Ebene</i>	<i>77</i>
1. Bereitstellungszuständigkeit und Durchführungszuständigkeit	77
2. Alternative Organisationsformen der Zuordnung von Bereitstellungskompetenzen	79
<i>II. Die Zuordnung der Allokationsfunktion</i>	<i>80</i>
1. Fiskalische Äquivalenz und Informationskosten	80
a. Kollektivgüter, räumliche Nutzengrenzen und das Prinzip fiskalischer Äquivalenz	80
b. Fiskalische Clubs und lokale öffentliche Güter	82
c. Das Dezentralisierungstheorem	85
aa. Das Modell von Oates	85
bb. Eine informationsökonomische Begründung	87
d. Die Implikationen für die Zuordnung der Bereitstellungskompetenzen	88
2. Spillover-Effekte, Skalenvorteile im Konsum und Koordinationskosten	89
a. Die Wohlfahrtsverluste bei nicht-kooperativem Verhalten der subzentralen Einheiten	89
b. Potentielle Wohlfahrtsgewinne bei kooperativem Verhalten der subzentralen Einheiten	91
aa. Horizontale Verflechtungen	91
bb. Vertikale Verflechtungen: Kooperativer Föderalismus	93
c. Die Implikationen für die Zuordnung der Bereitstellungskompetenzen	94
3. Die Präferenzoffenbarung durch Wanderungen: Das Tiebout-Modell	96
a. Die Grundgedanken von Tiebout und die herkömmliche Kritik am Tiebout-Modell	96
b. Zur räumlichen Mobilität von Arbeit und Kapital	99
aa. Migrationstheorie und räumliche Mobilität des Faktors Arbeit	99
bb. Räumliche Mobilität des Faktors Kapital	100
c. Zum Problem der Migrationsexternalitäten	101
aa. Die effiziente räumliche Allokation von Arbeit und Kapital	101
bb. Dezentrale Bereitstellungskompetenzen und effiziente räumliche Allokation	103
cc. Kapitalisierung und Ausschluß als Voraussetzung für Tiebout-Effizienz	106
d. Zum Problem des Fiskalwettbewerbs	108
aa. Unterversorgung mit konsumtiven Kollektivgütern?	108
bb. Unterversorgung mit produktiven Kollektivgütern?	113
cc. Exkurs: Besteuerung nach dem Wohnsitzprinzip als Ersatz für Steuerharmonisierung?	115
e. Die Implikationen für die Zuordnung der Bereitstellungskompetenzen	116
4. Ein Zwischenfazit	117
<i>III. Die Zuordnung der Stabilisierungsfunktion</i>	<i>118</i>
1. Die geldpolitischen Zuständigkeiten	118
2. Zentrale oder dezentrale finanzpolitische Stabilisierungskompetenzen?	120
a. Argumente für dezentrale finanzpolitische Stabilisierungskompetenzen	120
b. Argumente für zentrale finanzpolitische Stabilisierungskompetenzen	121

3. Die Implikationen für die Zuordnung der Bereitstellungskompetenzen.....	123
<i>IV. Die Zuordnung der Redistributionsfunktion</i>	124
1. Interpersonale und interregionale Umverteilungsziele	124
2. Zentrale oder dezentrale redistributionspolitische Kompetenzen?.....	124
a. Argumente für dezentrale redistributionspolitische Kompetenzen.....	124
b. Argumente für zentrale redistributionspolitische Kompetenzen.....	126
aa. Spillover-Effekte dezentraler Redistributionspolitik.....	126
bb. Redistributionspolitik bei räumlicher Mobilität von Arbeit und Kapital	127
3. Regionale Ausgleichsziele.....	128
4. Die Implikationen für die Zuordnung der Bereitstellungskompetenzen.....	131
<i>V. Die Zuordnung der Finanzierungskompetenzen</i>	132
1. Die Zuordnung der Finanzierungskompetenzen als Teilproblem der Zuordnung von Bereitstellungskompetenzen	132
a. Die institutionelle Symmetrie von Aufgaben- und Finanzierungskompetenzen.....	132
b. Alternative Organisationsformen der Zuordnung von Finanzierungskompetenzen.....	133
c. Die Kriterien für eine optimale Zuordnung von Finanzierungskompetenzen.....	134
2. Die Grundprobleme der Zuordnung von Finanzierungskompetenzen.....	135
a. Zur Zuordnung der Besteuerungskompetenzen im föderativen Staat.....	135
aa. Zur Übereinstimmung von Nutzern und Kostenträgern	135
bb. Zum instrumentalen Charakter von Steuern	136
cc. Zum Steuerwettbewerbsargument	136
dd. Zur regionalen Streuung der Bemessungsgrundlagen.....	136
b. Zur Zuordnung der Verschuldungskompetenzen im föderativen Staat	137
aa. Zur Übereinstimmung von Nutzern und Kostenträgern	137
bb. Zum instrumentalen Charakter öffentlicher Verschuldung.....	137
cc. Zum Argument der externen Effekte des Wettbewerbs subzentraler Einheiten.....	138
dd. Zum Argument der unterschiedlichen Zugangsmöglichkeit zum Kapitalmarkt	139
3. Die Implikationen für die Zuordnung der Finanzierungskompetenzen.....	139
<i>VI. Der organisationskostenminimierende Staatsaufbau</i>	140
1. Das Organisationskostenkonzept von Breton und Scott	140
2. Die organisationskostenminimale Staatsstruktur	143
3. Die Reduzierung der Organisationskosten durch multifunktionale Einheiten ..	147
4. Eine kritische Würdigung des Organisationskostenkonzepts von Breton und Scott	148
D. Zusammenfassende Thesen zum dritten Kapitel.....	150

4. Kapitel: Eine Public Choice-Analyse politischer Entscheidungsprozesse im föderativen System	151
A. Die Wesensmerkmale der Public Choice-Theorie.....	151
B. Die neoinstitutionalistische Perspektive politischer Entscheidungsprozesse	152
<i>I. Das Interaktionsgeflecht politischer Akteure im Überblick.....</i>	152
<i>II. Die ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs um Wählerstimmen.....</i>	153
1. Die Ziele der Wähler, der Politiker und der Parteien.....	153
2. Die These von der Effizienz des politischen Wettbewerbs um Wählerstimmen.....	154
3. Die Unvollkommenheiten des Wettbewerbs um Wählerstimmen.....	155
a. Intransitive Ergebnisse und Stimmentausch	155
b. Mangelnder politischer Wettbewerb	157
c. Rationale Unwissenheit der Wähler.....	159
<i>III. Die Rolle spezieller Interessengruppen</i>	161
1. Die Ziele spezieller Interessengruppen.....	161
2. Die These von der Effizienz des Wettbewerbs spezieller Interessengruppen.....	162
a. Pluralismustheorie und 'countervailing powers'.....	162
b. Der Ansatz von Becker	162
3. Die Interessengruppentheorie des Staates.....	164
a. Die Organisation spezieller Interessen.....	164
b. Die Bedeutung der Informationsasymmetrien	165
c. Ressourcenverschwendungen im Kampf um Distributionsvorteile: Die Theorie des rent seeking.....	167
<i>IV. Die Rolle der staatlichen Bürokratie</i>	169
1. Die Ziele der Bürokraten	169
2. Die These von der Dominanz der Legislative über die staatliche Bürokratie	170
a. Die Bürokratie in sozialwissenschaftlichen Hierarchiemodellen.....	170
b. Principal-Agent Modelle der legislativen Dominanz über die Bürokratie.....	171
3. Die These von der Dominanz der Exekutive über die Legislative	172
4. Die Bürokratie in der Interessengruppentheorie des Staates	174
<i>V. Ein Totalmodell politischer Entscheidungsprozesse:</i>	
<i>Der 'beschränkte Leviathan-Staat'.....</i>	176
1. Die Modellgrundlagen	177
2. Die Modellergebnisse	177
a. Stimmenmaximierende Kandidaten	180
b. Satisfizierende Regierung	181
3. Die graphische Darstellung des Modells	181
4. Ein Zwischenfazit	183

C. Die politischen Entscheidungsprozesse in föderativen Staaten	184
I. <i>Der Vergleich unitarischer und föderativer Strukturen als komparative Institutionenanalyse</i>	184
II. <i>Die Konsequenzen der Föderalisierung für den Wettbewerb um Wählerstimmen</i>	185
1. Die Implikationen für die diskretionären Handlungsspielräume der Politiker ..185	
2. Die Implikationen für den Informationsstand der Wähler ..187	
3. Das Konzept des interjurisdiktionalen Rangordnungswettbewerbs ..189	
a. Rangordnungswettbewerb und Wettbewerb um Wählerstimmen.....189	
b. Rangordnungswettbewerb als Entdeckungsverfahren ..191	
III. <i>Die Konsequenzen der Föderalisierung für den Einfluß spezieller Interessengruppen.....</i>	192
1. Die Organisation spezieller Interessen im föderativen System ..192	
a. Konsequenzen für die Organisierbarkeit spezieller Interessen ..192	
b. Relative Organisationskosten und staatliche Umverteilungstätigkeit.....194	
2. Die Konsequenzen verstärkten politischen Wettbewerbs um Wählerstimmen.198	
IV. <i>Die Konsequenzen der Föderalisierung für den Einfluß der staatlichen Bürokratie</i>	201
1. Bürokraten als Anbieter von Leistungen: Die Kontrolle der Bürokratie.....201	
2. Bürokraten als Nachfrager von Leistungen ..202	
V. <i>Ein Totalmodell politischer Entscheidungsprozesse im föderativen Staat</i>	203
1. Die Modellergebnisse ..203	
2. Die graphische Darstellung des Modells ..205	
3. Die Implikationen für die föderative Aufgabenverteilungsdiskussion ..208	
D. Zusammenfassende Thesen zum vierten Kapitel	209
5. Kapitel: Polit-ökonomische Theorien des Wettbewerbsföderalismus	211
A. Die Wesensmerkmale polit-ökonomischer Theorien des Wettbewerbsföderalismus	211
I. <i>Das Tiebout-Modell als Vorläufer</i>	211
II. <i>Die Konzepte polit-ökonomischer Theorien des Wettbewerbsföderalismus</i>	213
1. Wettbewerb zwischen Staaten	213
2. Wettbewerb zwischen Regierungen in der Leviathan-Theorie des Staates ..213	
3. Wettbewerb zwischen Regierungen in der Interessengruppentheorie des Staates ..214	
4. Wettbewerb um Kompetenzen.....215	

B. Der Wettbewerb zwischen Regierungen in der Leviathan-Theorie des Staates	216
<i>I. Die Beschränkung des Leviathan durch Abwanderungsoptionen</i>	216
1. Die Dezentralisierungshypothese von Brennan und Buchanan	216
a. Die Grundaussagen von Brennan und Buchanan	216
b. Die empirische Überprüfung der Dezentralisierungshypothese	218
aa. Die methodische Vorgehensweise bei den empirischen Tests	218
bb. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen	220
2. Immobile Faktoren und Abwanderungsoptionen	224
a. Die Ausbeutung immobiler Faktoren durch den Leviathan	224
b. Schutz immobiler Faktoren durch Standortwettbewerb?	225
3. Interjurisdiktionaler Wettbewerb und räumliche spillover-Effekte	227
<i>II. Die Beschränkung der Abwanderungsoptionen durch den Leviathan</i>	230
1. Die Beschränkung der Abwanderungsoptionen als Ziel subzentraler Leviathan-Regierungen	230
2. Praktiken zur Steigerung von Abwanderungskosten	231
a. Emigrationssteuern als Austrittsgebühren	231
b. Stärkung der lokalen Identität	232
c. Immigrationssteuern als versunkene Kosten?	232
3. Interjurisdiktionalle Kooperation als Kollusion	233
a. Die Kollusionshypothese	233
b. Kollusion durch vertikale Verflechtung	236
aa. Vertikale Finanzzuweisungssysteme	236
bb. Steuerverrechnungssysteme	239
<i>III. Die Implikationen für die föderative Aufgabenverteilung</i>	242
1. Radikale Dezentralisierung	242
2. Der organisationskostenminimale Staatsaufbau aus Sicht der Leviathan-Theorie	243
C. Der Wettbewerb zwischen Regierungen in der Interessengruppentheorie des Staates	245
<i>I. Methodische Vorüberlegungen</i>	245
<i>II. Abwanderung und Widerspruch bei Mobilität der unorganisierten Wähler</i>	246
1. Die Widerspruchsoption der Wähler	246
a. Dominanz der Abwanderungsoption?	246
b. Gestiegene Anreize zur Formulierung von politischem Widerspruch?	249
2. Die rent seeking-Anreize der speziellen Interessengruppen	251
a. Der Effekt gesenkener Abwanderungskosten der Organisationsmitglieder	251
b. Der Effekt gesenkener Abwanderungskosten der unorganisierten Wähler	251
3. Die Implikationen für den politischen Entscheidungsprozeß: Standortpolitik	253

III. Abwanderung und Widerspruch bei Mobilität der organisierbaren Interessen	255
1. Zur Abwanderungsoption spezieller Interessengruppen.....	255
2. Die Politische Ökonomie des Protektionismus.....	257
a. Erklärungsinteresse und Grundidee der Politischen Ökonomie des Protektionismus	257
b. Die wichtigsten Ergebnisse der Politischen Ökonomie des Protektionismus	259
3. Protektionismus und polit-ökonomische Theorie des Wettbewerbsföderalismus.....	261
a. Zur Relevanz der Argumentation im Bundesstaat	261
b. Protektionismus auf dezentraler Ebene und interjurisdiktionelle Faktormobilität.....	262
IV. Die Implikationen für die Ausgestaltung der föderativen Staatsverfassung.....	265
1. Dezentralisierung zur Beschränkung der Rentenumverteilung	265
2. Aspekte einer föderativen Wettbewerbsordnung.....	265
a. Die Notwendigkeit einer föderativen Wettbewerbsordnung.....	265
b. Ausgestaltungs- und Zuordnungsprobleme	267
3. Spezifisch föderative Arrangements zur Begrenzung der Zentralebene.....	269
a. Die Notwendigkeit und das Problem der Begrenzung der Zentralebene	269
b. Reverse Revenue Sharing	270
c. Die Stärkung subzentraler Einflüsse bei zentralstaatlichen Entscheidungen	272
d. Funktionale Differenzierung und Separierung der Delegationsfelder	273
D. Zusammenfassende Thesen zum fünften Kapitel	273
6. Kapitel: Möglichkeiten für eine föderative Finanzverfassung	275
A. Theorie des Fiskalföderalismus und Public Choice.....	275
B. Eine Skizze einer föderativen Finanzverfassung	276
C. Einige Anmerkungen zur Implementierung konstitutioneller Reformen	278
Anhang	281
Literaturverzeichnis	283

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 2.1 Auszahlungsmatrix bei Kooperationsspielen	40
Abbildung 2.2 Das optimale Zustimmungserfordernis	64
Abbildung 3.1 Die Durchsetzungskosten des protektiven Staates	73
Abbildung 3.2 Die optimale personelle Größe des protektiven Staates	75
Abbildung 3.3 Das Dezentralisierungstheorem	86
Abbildung 3.4 Allokationswirkungen räumlicher spillover-Effekte	90
Abbildung 3.5 Pareto-Inferiorität nicht-kooperativer Strategien	90
Abbildung 3.6 Suboptimale Bereitstellung von Kollektivgütern bei Steuerwettbewerb	110
Abbildung 3.7 Fehlender Kooperationsanreiz lokaler Einheiten bei Steuerwettbewerb	112
Abbildung 3.8 Ruinöse Konkurrenz bei Bereitstellung lokaler öffentlicher Vorleistungen?	114
Abbildung 3.9 Regionale Ausgleichszahlungen zur Verbesserung der räumlichen Allokation	130
Abbildung 3.10 Organisatorische Aktivitäten und Zentralisierungsgrad	145
Abbildung 3.11 Organisationskostenminimum und Zentralisierungsgrad	146
Abbildung 4.1 Das Interaktionsgeflecht politischer Entscheidungen	153
Abbildung 4.2 Wohlfahrtsverluste durch rent-seeking	168
Abbildung 4.3 Ein Totalmodell politischer Entscheidungsprozesse	182
Abbildung 4.4 Intrajurisdiktionelle Homogenität und staatliche Transfertätigkeit	196
Abbildung 4.5 Politischer Wettbewerb und staatliche Transfertätigkeit	199
Abbildung 4.6 Ein Totalmodell politischer Entscheidungsprozesse im föderativen System	206
Abbildung 4.7 Wohlfahrtsverluste durch intensiven politischen Wettbewerb im föderativen Staat	208
Abbildung 5.1 Jurisdiktionelle Konsolidierung und Ausbeutungspotentiale	217
Abbildung 5.2 Ergebnisse empirischer Tests der 'Dezentralisierungshypothese'	221
Abbildung 5.3 Öffentliche Vorleistungen und Besteuerungsbasis	226
Abbildung 5.4 Steuerharmonisierung und Kollusionshypothese	234
Abbildung 5.5 Gemeinsame Steuerbasis föderativer Ebenen im Leviathan-Staat	240
Abbildung 5.6 Abwanderungsoptionen und die Formulierung von Widerspruch	247
Abbildung 5.7 Rent-seeking bei elastischer und unelastischer Nachfrage	252
Abbildung 5.8 Beschränkung staatlicher Transfertätigkeit bei Mobilität der Steuerzahler	254
Abbildung 5.9 Protektionistische Strategie und Rentenverluste immobiler Faktoren	264
Abbildung A.1 Allokative Vorteile der Verhandlungslösung	281